@lptraum

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

Dezember - 2007 *2911-x* **Unabhängig und absolut parteiisch** **Jahrgang 3, Ausgabe 12**

Hat das Volk tatsächlich die Regierung, die es verdient hat ?

"Wir sind vielleicht ein Volk ?", so der 2. Teil des Titels in @lptraum Juni 2006. Vielleicht könnte die Weihnachtszeit Chancen zu einer Besinnung liefern ? Die Menschen in Deutschland werden sicherlich voll damit ausgefüllt sein, unnütze Geschenke einzukaufen, um im Gegenzug ebenso unnütze Geschenke zu erhalten. Damit ist Stress in der Vorweihnachtszeit, Erschöpfung zu den "heiligen Tagen" ein "ewiger Kreislauf" ? Kinderarmut im reichen Deutschland ? Vielleicht eine Chance, Werte neu zu überdenken, den Kindern nicht nur die Sinnlosigkeit der Mainstream-Pseudo-Bedürfnisse zu erklären, diese zu entlarven ? Markenartikel renommierter europäischer Großkotz-Hersteller, hergestellt durch Arbeitszwang auch von Kindern in Fernost, in Billiglohnländern ? Deutschland holt auf. Unser SPD-Exkanzler brüstet sich, den erfolgreichs-ten Billiglohnsektor in Europa eingeführt zu haben. Anstatt das Kapital zu verpflichten, Abgaben für Automatisierung und Stellenabbau zu leisten, haben die Sozis im Verbund mit Grün alle Lasten den Entlassenen aufgebürdet. Wehe dem oder der, die nicht bereits am 1. Tage der Kenntnis einer Kündigung der Bundesagentur Meldung macht. Das bedeutet Kürzung oder Streichung der Leistung, das bedeutet Angst, Fügen in ein System der Schuldzuweisungen gegen Arbeitnehmer. ALG-II schafft

"Heilsbringerin der Nation ?"

Armut, verlangt das Aufzehren aller Ersparnisse und Auflösen von selbst bescheidenen Vermögen, greift auch in die mageren Sparbücher der Kinder, verrechnet Kindergeld mit den Regelsatzbezügen. Eine gute Weihnachtsstimmung mag bei den Bundestagsabgeordneten aufkommen, man hat sich schließlich. monatlich ca. 600 €uro mehr genehmigt. Das entspricht beinahe dem Zweifachen des monatlichen Regelsatzes für die aus dem Erwerbsleben aussortierten Menschen.

"Wir sorgen uns nur um uns selbst" ist die Botschaft, wenn Politiker eine Erhöhung des Regelsatzes nur widerwillig diskutieren jedoch eine Diätenerhöhung von 10% sofort realisiert wird. Zwangsverrentung bei über 58-jährigen Erwerbslosen, Rentenanwartschaft für die über genau diese Gesetze beschließenden Politiker neuerdings bereits mit einem Jahr im Bundestag. Bisher waren 2 Legislaturperioden, also 8 Jahre Zugehörigkeit im Bundestag erforderlich. Einigkeit auch bei der so genannten Terrorbekämpfung.

Verschärfung der Polizeigesetze, Aufweichung der bürgerlichen Rechte. Ein von Vielen als durchgeknallt empfundener Innenminister propagiert erfundene Terrorgefahren, die Bundestagsabgeordeten beschließen eine so genannte Vorratsdatenspeicherung, die tiefe Eingriffe in das persönliche Selbstbestimmungsrecht bewirken. Eine Sammelklage vor dem Verfassungsgericht wird eingereicht, wird nach Einschätzung der Datenschützer erfolgreich sein. **Bitte zahlreich beteiligen:** *www.vorratsdatenspeicherung.de*

Auch das niedersächsische Polizeigesetz enthält abermals Verfassungsverletzungen, unzulässige Video-Dauer-Aufzeichnungen. In der Landeshauptstadt Hannover ist die freie Meinungsäußerung beschränkt. **mehr auf Seite 5**

Einführung	Mitbestimmungsrecht bei	Prozesstermin
"Sozial-Ticket"	**"1-€uro-Jobs"**	**"Offenes Mikrofon"**
zum GVH-Fahrplanwechsel	Grundsatzurteil BAG Erfurt	Amtsgericht Hannover,
Für Bus & Bahn Winter 2008	(AZ.: 1 ABR 60/06)	11.12.2007, 11.15 Uhr, Saal 3030
siehe Seite 2	siehe Seite 4	siehe Seite 5

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ?
Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

@lptraum - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010
Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alptraum.org - *info@gegen-sozialabbau.de*

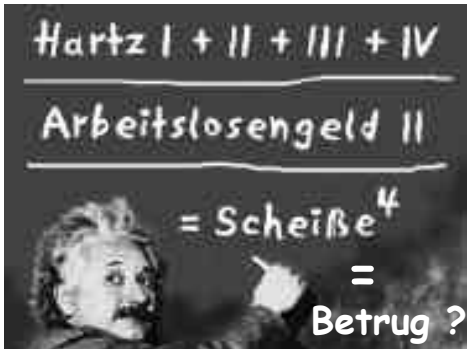
Arme dürfen bald billiger mit Bus und Bahn fahren

Ende 2008, mit der halbjährlichen Umstellung auf den Winterfahrplan im Dezember 2008 führt die Region Hannover als Trägerin des öffentlichen Personennahverkehrs einen Sozialtarif für einkommensschwache Bürger aus Stadt und Umland ein. SPD/Grüne und Linksbündnis haben sich am 22.11.2007 im Sozialausschuss dafür ausgesprochen. CDU und FDP lehnten das Sozialticket als nicht finanzierbar ab. Die Region als Kostenträger sei zu hoch verschuldet. Das Sozialticket können Familien (auch Lebenspartnerschaften und Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern), Bürger mit Einkommen bis zur Grundsicherung sowie Arbeitslose und Bezieher nach dem Aslybewerberleistungsgesetz in Anspruch nehmen. Das Ticket soll im Monat mindestens 20 Euro, höchstens aber knapp 59 Euro (entspricht Seniorencard-Tarif) kosten. Die Einführung des Sozialticket soll vorerst auf zwei Jahre begrenzt sein. Dann ist zu ersehen wir, wie hoch die finanziellen Belastungen des Regionshaushaltes und die Auslastung im GVH-Verkehr sind, so Wolfgang Schiemann (SPD). Die CDU kritisierte neben der Nichtfinanzierbarkeit auch die Ungerechtigkeit des Sozialtickets. Es ist nicht in Ordnung, wenn Menschen mit geringen Renten rausfallen, Empfänger von Sozialhilfen aber profitieren, so Klaus-Dieter Mukrasch (CDU).

Mit rot-grüner Mehrheit wurde am 27.11.07 im Finanzausschuss der Region das Sozialticket beschlossen. CDU und FDP stimmten abermals dagegen. Zum Fahrplanwechsel im Dezember 2008 soll die verbilligte Fahrt in Bus und Bahn kommen. So sollen Arbeitslose, einkommensschwache Familien und Personen mit Einkommen bis zur Höhe der Grundsicherung das Sozialticket erhalten. Die Eigenbeteiligung für die Monatskarte soll bei mindestens 20 Euro liegen und nicht teurer als eine Seniorencard ausfallen.

Bis Juli 2008 soll die Verwaltung ein Konzept über den Berechtigtenkreis und die Kosten erarbeiten.

@lptraum engagiert sich seit Jahren für die Einführung von bezahlbarer Mobilität für Geringverdiener. Da der Regelsatz zu ALG II bzw. Grundsicherung nur 14,06 Euro für Mobilität ausweist, war es auch immer unsere Forderung, ein bezahlbares Angebot im GVH von der Region zu erhalten. Eine Anlehnung an den Seniorentarif, knapp 59,- Euro für eine Monatskarte, wird sicherlich ein Flopp werden, da aus dem Regelsatz nicht bezahlbar. Essen oder Fahren wäre die Alternative, auch eine weiterhin hohe Schwarzfahrquote wäre die Folge. Hannovers Kriminalstatistik sei durch einen extrem hohenAnteil durch Schwarzfahrten so unrühmlich hoch, hieß es vor kurzer Zeit noch in einem Presseartikel. Dennoch fordert der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) erneut eine Erhöhung der Strafe fürs Schwarzfahren von 40 auf 50 Euro, kann dieses Ziel zum Fahrplan- oder Jahreswechsel 2008 aber nicht mehr durchsetzen. Das "erhöhte Beförderungsentgelt" gilt bundesweit einheitlich. Da Bedürftige weder die zu hohen Fahrpreise noch die Strafen für Schwarzfahrt bezahlen können, droht Knast. Die Üstra/GVH hatte im Jahr 2006 ca 17.000 Schwarzfahrer "erwischt", hat in 2006 "eine Einkunftsquelle von 1,85 Millionen erschlossen" Weg mit den "belästigen" Kontrollen, hin zu Fahrpreisen die von Geringverdienern akzeptiert werden. **Das ist derWeg zum erfolgreichen SozialTicket ! 20 €, gerade noch bezahlbar !** (Alp)



@lbert Einstein (zum Sozialticket ?):
"Eine wirklich gute Idee erkennt man daran, dass ihre Verwirklichung von vorne herein ausgeschlossen erscheint."
(Albert Einstein 1879-1955)

Wir unterstützen die Erklärung des Sozialbündnis Hannover und treten für die Schaffung eines *SozialTickets* für Hannover ein:

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth.Industriepfarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth.Stadtkirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortserwerbslosenausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall-Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grottian (FU Berlin), Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, AStA Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisvorstand Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Förderverein Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Interkulturhaus Kargah e.V., Sozialinitiative Linden-Limmer e.V. (S.I.L.L.), Projektgruppe "Agenda-2010-kippen", Erwerbsloseninitiative Hannover-Nordstadt, Querkunst Hannover e.V., Bündnis Zukunft Hannover, Initiative "Offenes Mikrofon" Hannover, Prof. Rainer Roth (AG TuWas Frankfurt/M.), IG Metall-Erwerbslose Wolfsburg (ANW), Ratsgruppe Hannoversche Linke, SPD Linden-Limmer (Abt. Linden-Nord), Africa-Forum Hannover, Pogo-Partei Nds. (POP), radio flora - Hannovers Regionalsender: UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

Kontakt: *SozialTicket*-Initiative Hannover, c/o KDA Industriepfarramt, DGB Hannover, Redaktion @lptraum.

Impressum:

"ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover
Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31
@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361
Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover
www.alptraum.org*, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: *info@gegen-sozialabbau.de
@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung
Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg
Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.
Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.
Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

Impressum:

Alle Jahre wieder: üstra- und GVH-Fahrpreiserhöhungen ab dem 9. Dezember 2007...

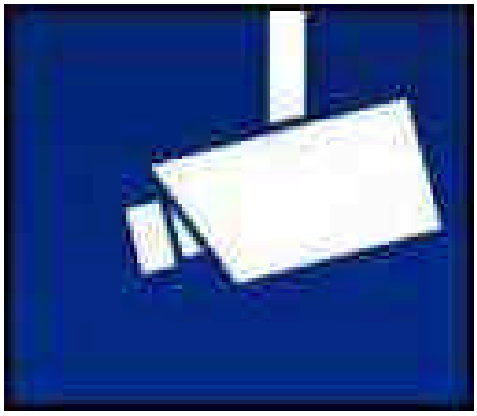
Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriede 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SVdK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goseriede 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Grupenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0

Zu Risiken und Nebenwirkungen: **Erwerbsloseninitiativen befragen !**
Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen !

Big Brother-@lptraum im Deister: *RegioBus* testet Ü-Kameras

"*Big Brother is Watching You!"* George Orwells »1984« lässt grüssen: Erstmals setzt auch die RegioBus Kameras in ihren Bussen ein. Die RegioBus Hannover GmbH testet seit Mitte Oktober 2007 den Einsatz von Überwachungskameras in ihren Fahrzeugen. Zwischen 2500 bis 5000 Euro pro Fahrzeug will sich RegioBus den Einbau kosten lassen. Insgesamt sechs Busse, davon zwei Gelenkzüge, sind mit entsprechender Technik ausgestattet. Drei sind dem Betriebshof Eldagsen zugeordnet und fahren täglich auf verschiedenen Strecken in der Umgebung von Springe am Deister (GVH-Region Hannover). *"Wir gehen diesen Schritt, um das **Sicherheitsgefühl** unserer Fahrgäste weiter zu stärken"*, erklärte RegioBus-Geschäftsführer Wolfgang Stack. *"Andererseits geht es ebenso darum, unsere Fahrer vor Übergriffen zu schützen."* Die RegioBus Hannover GmbH, zwölftgrößtes regionales ÖPNV-Busunternehmen in Deutschland, verfügt über 366 eingesetzte Fahrzeuge (inkl. Auftragunternehmer) davon 241 eigene Fahrzeuge im Linienverkehr (Stand von Ende 2005).
Den Probebetrieb führt die RegioBus mit zweiAnbietern durch. Dabei werden drei unterschiedliche Systeme getestet, die sich in Nuancen unterscheiden. Die Kameras (3 bis 6, je nach Fahrzeug) sind sichtbar im Deckenbereich der Fahrzeuge installiert. Alle Kameras sind im Dauerbetrieb und zeichnen permanent auf eine Festplatte auf. Passiert nichts,



werden die Daten nach 48 Stunden wieder gelöscht. Bei auffälligen Situationen im Bus hat der Fahrer durch einen sogenannten "Eventschalter" die Möglichkeit, eine Aufzeichnung zu speichern. Festgehalten werden dabei bis zu 30 Minuten vor und 30 Minuten nach Knopfdruck. Zudem kann er einen "Überfalltaster" betätigen. In diesem Fall wird die Kamera im Eingangs- und Fahrerbereich aktiviert. Mitarbeiter der zuständigen Leitstelle können live aufgeschaltet werden und ggf. die Polizei verständigen. Die Daten seien "gerichtsverwertbar", etwa um nach Vandalismus Schadenersatz fordern zu können. Bis zu 100.000 Euro müssten pro Jahr für Reparaturen ausgegeben werden, allein eine Sitzreparatur kostet 200 Euro. Das Verfahren sei sowohl mit dem niedersächsischen Landesdatenschutzbeauftragten Hans-Joachim Wahlbrink, als auch zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung der RegioBus im Detail abgestimmt. Bei begründetem Verdacht können Videoaufzeichnungen ausgewertet werden. Dies gehe nur mittels Festplatte und einer speziellen Auslesestation. Außerdem sind zwei Passwörter notwendig, die nur autorisierten Mitarbeitern bekannt sind. - Der Testbetrieb bei der RegioBus ist zunächst auf sechs Monate angelegt. Das Thema Videoüberwachung gehört zu einem Bündel von Maßnahmen, die in den letzten Jahren und Monaten bei RegioBus umgesetzt wurden. Im August 2004 hatte RegioBus den Vorne-Einstieg wieder eingeführt, seit Mai 2007 herrscht zudem Alkoholverbot in den Bussen.
"Die drei großen S - Sicherheit, Sauberkeit und Service stehen dabei im Mittelpunkt", so Stack. *"Wir wollen den Wohlfühlfaktor während der Fahrt erhöhen. Dazu gehört natürlich auch der Sicherheitsaspekt."*
Die üstra hatte 2001 erstmals versuchsweise Kameras in einen Bus und in eine Bahn eingebaut. Seitdem sind etwa jede sechste Bahn und rund die Hälfte der Busse mit der Technik ausgestattet. - Die üstra Hannoversche Verkehrsbetriebe AG verfügt über insgesamt 311 Stadtbahnwagen sowie 135 Stadtbusse (Stand von Ende 2006).
üstra-Sprecherin Katja Raddatz betonte die positiven Erfahrungen des Unternehmens: *"Bei den Kunden kommt es sehr gut an. Vandalismusschäden sind deutlich geringer."* **(ErSt)**
Quelle: www.regiobus.de
Datenschutz: www.lfd.niedersachsen.de

Musterwiderspruch gegen zu niedrigen Regelsatz 347 €, beteiligt euch !

Zur Zeit ist der ALG II Regelsatz auf dem Prüfstand vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Klage wird durch die Gewerkschaft "IG Metall" unterstützt. Sie/Ihr solltet bei einem evtl. Erfolg Teilhaber einer evtl. Regelsatz-Nachzahlung sein, falls die Klage Erfolg haben wird. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, einen Widerspruch gegen den ALG II Regelsatz einzulegen. Nur dann könnte eine Nachzahlung erfolgen.
Lest dazu den Artikel auf der Homepage von www.gegen-hartz.de.
Dort findet Ihr auch einen Musterwiderpruch. **(Alp)**

DB-Ticket-Fahrpreiserhöhung in der 2. Klasse ab 9. Dezember 2007 um rd. 3 Prozent !

Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLosenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. MaterialSammlerInnen gesucht !
Greift zu eurer spitzen Feder ! Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann. Wichtig ist, dass wir den Lügen und der gezielten Desinformation entgegentreten. Jeden 3. Dienstag im Monat 18.03-19.00 Uhr stellen wir als Redaktion "Politbüro" Öffentlichkeit auch im Bürgerfunk her. **(Alp)**

alptraum@radioflora.de

radio flora
Hannovers Lokalradio
UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

Bundesarbeitsgericht Erfurt: Betriebsrat-Mitbestimmungsrecht bei 1-€uro-Jobs !

Das Bundesarbeitsgericht Erfurt hat mit Beschluss vom 2. Oktober 2007 (AZ: 1 ABR 60/06) in der bisher von den Gerichten unterschiedlich bewerteten Frage nach dem Mitbestimmungsrecht von Betriebsräten bei der Einstellung von 1-€uro-Jobbern eine Grundsatzentscheidung gefällt:

Erst am 26. September 2007 (AZ: 5 AZR 857/06) hatte das BAG Erfurt zu dem Thema erwerbsfähige Hilfebedürftige (1-€uro-Jobber) entschieden, dass diese keinen Anspruch auf eine Arbeitsvergütung haben, da das Rechtsverhältnis zwischen einem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der LeistungserbringerIn öffentlich-rechtlich ausgestaltet ist und somit kein Arbeitsverhältnis *(siehe @lptraum 11/2007)* begründet wird. 1-€uro-Jobber sind demnach keine Arbeitnehmer.

Am 2. Oktober 2007 sollte nunmehr darüber befunden werden, ob die Einstellung eines 1-€uro-Jobbers auf der Grundlage des Zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) einemitbestimmungspflichtige Maßnahme im Sinne von Paragraf 99 Abs.1 Satz 1 des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) darstellt und der Betriebsrat zu beteiligen ist. Nach den Vorgaben des Betriebsverfassungsgesetzes hat ein Arbeitgeber, der in der Regel mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigt, die Zustimmung des Betriebsrates bei personellen Entscheidungen wie Einstellungen, Versetzungen, Eingruppierungen und Umgruppierungen einzuholen. In dem vom BAG Erfurt zu entscheidenden Fall, verlangte der Betriebsrat einer kommunalenAltenpflegeeinrichtung in Frankfurt am Main von dem beklagten Arbeitgeber bei der Einstellung von 1-€uro-Jobbern beteiligt zu werden. Der Arbeitgeber leistet Alten- und Behindertenhilfe und beschäftigt etwa 1000 Mitarbeiter. Mit

Moderne Zeiten ?
reguläre Arbeit demnächst nur noch im Arbeitsmuseum ?

Bescheid vom 21. Februar 2005 wurden dem Arbeitgeber seitens der Agentur für Arbeit 35 Arbeitsgelegenheiten für 1-€uro-Jobber mit einer Förderungsdauer von bis zu neun Monaten bewilligt. Der Arbeitgeber informierte zwar den Betriebsrat über die Beschäftigung von 1-€uro-Jobbern, sah aber davon ab, den Betriebsrat in der gleichen Form zu beteiligen, wie es das Gesetz bei der Einstellung von Arbeitnehmern vorsieht. Mit seinem Antrag begehrte der Betriebsrat in allen drei Instanzen die Feststellung, dass der Betriebsrat bei dem Einsatz von 1-€uro-Jobbern in der gleichen Weise wie bei der Einstellung von Arbeitnehmern zu beteiligen ist. DasArbeitsgericht Frankfurt sowie das Hessische Landesarbeitsgericht *(@lptraum berichtete)* hatten die Mitbestimmungspflicht bejaht. Das Bundesarbeitsgericht hat die Entscheidungen der Vorinstanzen bestätigt.

Das Gesetz verlangt für den Einsatz von 1-€uro-Jobbern, dass ihre Arbeit zusätzlich anfällt und keine regulären Arbeitsverhältnisse verdrängt. Für den öffentlichen Dienst hatte bereits im März 2007 das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass es Aufgabe der Personalvertretung ist, diese Vorgaben zu überprüfen. Das Bundesarbeitsgericht folgte mit seiner Entscheidung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes. Vorab stellte es nochmals fest, dass 1-€uro-Jobber keine Arbeitnehmer sind. Allerdings seien sie in den Betrieb eingegliedert und erledigten in dem Unternehmen gemeinsam mit dort angestellten Arbeitnehmern weisungsgebundene Tätigkeiten, die der Erzielung des betrieblichen Zwecks dienten. Diese Eingebundenheit reicht nach Auffassung des BAGs aus, um ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates zu begründen, da das Verfahren im Rahmen der Mitbestimmung vorrangig zu beachten sein soll. Da auch die weiteren Voraussetzungen einer mitbestimmungspflichtigen personellen Maßnahme nach dem Betriebsverfassungsgesetz erfüllt waren, bejahte das Gericht eine Mitbestimmungspflicht und stellte damit klar, dass das Beteiligungsrecht des Betriebsrates unabhängig davon besteht, ob das zugrunde liegende Rechtsverhältnis als Arbeitsverhältnis und der zu Beschäftigende als Arbeitnehmer zu qualifizieren ist. ***Bei der Beschäftigung von 1-€uro-Jobbern haben die Betriebsräte damit ein Mitspracherecht, auch wenn 1-€uro-Jobbern weiterhin der Status und damit die Rechte von Arbeitnehmern verweigert wird.*** **(DoMi/ErSt)**

BAG Erfurt, AZ: 1 ABR 60/06, Beschluss vom 02.10.2007
Infos: www.bundesarbeitsgericht.de

enercity-Stadtwerke: Erdgas-Tarifsenkung ab 1. Nov. 2007 um rd. 5 Prozent !

Fiese Tricks von Polizei und Justiz ? Prozesse in Hannover !

In der letzten @lptraum-Ausgabe war eine Buchvorstellung zu dem Thema: "Fiese Tricks von Polizei und Justiz". Jörg Bergstedt belegt darin, wie in und um Gießen die Polizei und auch das hessische Innenministerium mit und zur Unterstützung lokaler Politiker Recht beugte, sogar Beweismittel fälschte, nur um Kritiker mundtot zu machen. Die lokale Justiz spielte mit, verhängte eine Freiheitsstrafe von 8 Monaten gegen den Menschen, der in der Öffentlichkeit für das grundgesetzlich verbürgte Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung eintrat.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil AZ.: 1 BvR 1090/06 am 30. April 2007 als Recht erkannt, dass freie Meinungsäußerung und das Recht der Versammlungsfreiheit auch mit Widerstand gegen Vollzugsbeamte verteidigt werden darf. Widerstand gegen Vollzugsbeamte ist zulässig, wenn Polizeihandlungen rechtswidrig sind.

Kontakt: *autorinnen@seitenhieb.info*

Leistet sich die Landeshauptstadt Hannover eigene "fiese Tricks" ?

Seit dem Aufkommen der Montagsdemonstrationen gegen die Hartz-IV-Gesetze gibt es in mehreren Städten Auflagen der Polizei, die bisher durch keine Rechtsgrundlage abgedeckt sind: Mikrofonverbot bei öffentlichen Diskussionen, wenn nicht mindestens 50 Teilnehmer amtlich festgestellt sind ? Diese Auflage ist Willkür, ist in einigen Städten bereits erfolgreich außer Kraft gesetzt. Die Hannoversche Polizei interessiert das nicht. Seit ca. 2 Jahren ist die Beschwerde/Klage beim Verwaltungsgericht anhängig. Man lässt sich Zeit, um die Montagsdemo durch das Mikrofonverbot zu demoralisieren, um die Teilnehmer der Veranstaltung zu kriminalisieren ? Das Versammlungsrecht bietet den Behörden diesen "Kunstgriff". **Wer gegen versammlungsrechtliche Auflagen verstößt, löst u.U. strafrechtliche Sanktionen aus.** So wurde von der Polizei Anzeige gegen den Versammlungsleiter gestellt, die von einer Richterin mit einem Strafbefehl von 20 Tagessätzen, mit einer

Mikrofonkabel, Eigentum der Kundgebung

Geldbuße von 400,- Euro belegt wurde. Die selbe Richterin hob diesen Strafbefehl in der mündlichen Verhandlung am 11.06.2007 wieder auf, da ihr der Staatsanwalt nicht die gesetzliche Grundlage zu derAuflage "50 Personen" benennen konnte. Dennoch, der im Prozess entlastete Versammlungsleiter willigte ein, sich bis zu einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtes an die Auflage zu halten, das Mikrofon erst ab Teilnehmerzahl 50 einzuschalten.

Der Eingriff der Polizei in die vom Grundgesetz geschützten Versammlungen am 22.01.2007 und am 05.02.2007 geschah vor dem offiziellen Eingeständnis des Herrn Staatsanwalt Klages, zu der Anordnung "50 Personen" keine Rechtsgrundlage vorweisen zu können.

Am 05.02.07 beschlagnahmte die Polizei die Verstärkeranlage, behinderte massiv die Teilnahme mehrerer Personen an der friedlichen Veranstaltung durch Festnahmen.

Die Festgenommenen, so rechtfertigt es die Polizei, hätten Widerstand gegen die Vollzugsbeamten geleistet, Körperverletzungen gegen Beamte begangen.

Das sind schwere Vorwürfe, die die Beschuldigten durchaus für 6 Monate ins Gefängnis bringen können.

Am 11.12.2007 beginnt im Amtsgericht Hannover um 11.15 Uhr in Saal 3030 der erste Teilprozess gegen zwei der vier von der Polizei an der Flaniermeile um das Schillerdenkmal festgesetzter Personen. **Zeugenaussagen zufolge sind lediglich von den Beamten Aggressionen ausgegangen, die Demonstranten verhielten sich absolut friedlich, trotz des massiven Eingriffes in die angemeldete Kundgebung.** Die Polizei hat laut Grundgesetz eine friedliche Kundgebung zu schützen, ist nicht berechtigt, Personen an einer Teilnahme zu hindern. Die Festnahmen erfolgten rechtswidrig, ohne gesetzliche Grundlage. Der Mikrofoneinsatz ist erst nach einer durch die Veranstalter durchgeführten Zählung erfolgt, die auch ein erhebliches Mehr als "50 Teilnehmer" ergab. Die Einsatzleitung der Polizei, Herr POK Friedrichs, weigerte sich, eine gemeinsame Zählung durchzuführen. Ganz im Gegenteil. Das große Aufgebot an Polizeikräften, der Einsatz von Video-Dokumentations-Teams im Café der Buchhandlung Weiland und im Karstadt-Kaufhaus lassen den Schluss zu, dass diese massiveAktion der Polizei und das Abschalten der Mikrofonanlage geplant war und mit einem "Schlachtruf" des Einsatzleiters, dem Sinn nach: *"Wenn die Anlage eingeschaltet wird, gehe ich da rein"* eingeleitet wurde. Wie in Gießen vom Verfassungsgericht bestätigt, ist "ein Herausholen" friedlicher Teilnehmer aus einer Kundgebung rechtswidrig. Unverantwortlich, dass die Polizei fast immer in die gleiche "Trickkiste greift", unbescholtene Bürger zu Gewalttätern erklärt, pauschale Behauptungen zu Widerstand und Körperverletzungen gegen Vollzugsbeamte aufstellt, Menschen kriminalisiert, um politische Ziele ihrer Führungsriege durchzusetzen. Die Beschwerde gegen die "50er-Auflage" wird am 17.12.07 um 9.00 Uhr im Verwaltungsgericht Hannover mündlich verhandelt. **Öffentliches Interesse und Wachsamkeit ist angezeigt, um den Versuchen, Bürgerrechte einzuschränken, Paroli zu bieten.** Am 3. Dezember bitte zahlreich um 18.00 Uhr am Schillerdenkmal Hannover teilnehmen, damit per Mikrofoneinsatz für den 11.12.07 Prozessbegleitung/Beobachtung organisiert werden kann. **(HaDe)**

Da Vorschüsse an die Verteidiger anfallen, wird um Spenden gebeten:

Solikonto: Wiebke Koepsell
Kto.-Nr. 185 164 503
Postbank BLZ 370 100 50

Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:
H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg
Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparbuch.
Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.
Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.

E.on-Avacon: Strom um 7,5 % und Gas um 4,9 % ab 1.1.2008 teurer !

@lptraum-Sozialgericht: Wartezeit im Schnitt zwei Jahre...

Niedersäschsische Richter sind durch Hartz-IV-Verfahren überlastet. Zwei Jahre dauert es im Schnitt, bis Bürger beim Sozialgericht ein Urteil bekommen, darum soll es mehr Richter geben. Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann hat Ende Oktober 2007 lt. NP dem Direktor des Sozialgerichts Hannover, Carl-Dietrich Ebmeyer, eine weitere Aufstockung der derzeit 30 Richterstellen versprochen. Beim Sozialgericht dauert es im Schnitt zwei Jahre, bis Bürger eine Entscheidung bekommen - *"Länger als bei allen anderen Gerichten und viel zu lange"*, sagte SG-Direktor Ebmeyer. Da Klagen um Grundsicherung weiter zunähmen, *"schieben wir einen Berg vor uns her"*. Nach Beginn der Hartz-IV-Regelung 2005 seien 1.289 Klagen eingegangen, 2006 bereits 2.065 und bis Ende 2007 würden es weit über 3.000. Das seien fast ein Drittel aller Verfahren beim Sozialgericht - etwa 11.000 erwarte man für das Jahr 2007. *(Quelle: NP)*

Entschieden wird die Flut momentan von 26 RichterInnen und Richtern, da vier bei anderen Sozialgerichten aushelfen.
Der Arbeitsdruck sei enorm - auch psychisch, *"Weil wir oft innerhalb kürzester Zeit zum Beispiel über neuen Wohnraum für Mütter mit mehreren Kindern entscheiden müssen."* Menschen, die in die Rechtsantragsstelle des Sozialgerichts kommen, bräuchten schnelle Hilfe: *"Was wir da erleben, ist knallhart."* Fast die Hälfte der Klagen um Grundsicherung seien Eilverfahren, *"das belastet uns zusätzlich"*. Außer um Hartz IV wird im Sozialgericht um Rente gestritten, um Pflegegeld, Arbeitslosenunterstützung, Hilfe für Behinderte - und um Kassenarztrecht. Außer beim letzten Rechtsgebiet geht es um Menschen, für die jeder Euro zählt. 2006 wurden die niedersächsischen Sozialgerichte wegen der Hartz-IV-Verfahren bereits um 32 Stellen aufgestockt. Hannover bekam davon sechs.
*(siehe @lptraum: **"Hartz IV schafft Jobs?"** 03/2006 und 02/2007)*
Justizministerin Heister-Neumann (CDU): *"Wir wollen die Sozialgerichte weiter entlasten und dafür aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit Proberichter abordnen."* Dort sei die Belastung nicht so hoch. Außerdem müsse man 2008 wohl die Stellen nochmal aufstocken.
Infos: www.mj.niedersachsen.de und www.sozialgerichtsbarkeit.de **(ErSt)**

@lptraum-Tipp: Neue Wertgrenze für Hartz-IV-Autos bis zu 7.500 €uro

Der Streit um ein angemessenes Auto für Hartz-IV-Empfänger ist höchstrichterlich entschieden: Das Bundessozialgericht (BSG) Kassel hat in einem Grundsatzurteil entschieden, dass die Hilfeempfänger ein bis zu 7.500 Euro teures Auto fahren dürfen, ohne dass der Wagen als Vermögen angerechnet wird. Der 14. Senat urteilte, dass erst über diese Pauschale hinaus, das Kfz als "unangemessen" gilt und bei der Berechnung des Arbeitslosengeld II berücksichtigt werden muss.
Bei der Berechnung der Pauschale hatte der Senat sich auf die **Kfz-Hilfeverordnung** bezogen. Darin ist für behinderte Arbeitnehmer geregelt, dass 9.500 Euro für ein angemessenes Auto nötig sind, um damit regelmäßig zur Arbeit zu kommen. **Arbeitslosen stehe laut Gesetz ein Lebensstandard der unteren 20 Prozent der Gesellschaft zu.** Damit dürften Hartz-IV-Empfänger ein Auto mit einem Wert von bis zu 7.500 Euro besitzen, ohne dass dieses als Vermögen gewertet wird.
Im vorliegenden Fall hatte ein Mann aus Rheinland-Pfalz für den Zeitraum von März bis Mai 2005 Arbeitslosengeld II (ALG II) beantragt. Davor und danach war er als Soldat im Kosovo undAfghanistan eingesetzt. Die zuständige Arbeitsgemeinschaft (ARGE) lehnte den Antrag jedoch mit dem Hinweis auf das Vermögen des Arbeitslosen ab. Er besitze neben zwei Lebensversicherungen auch einen Pkw im Wert von 9.600 Euro. Der Fünftürer sei für einen ALG-II-Empfänger unangemessen und gelte als Vermögen. Angemessen sei nur ein Fahrzeug bis zu einem Wert von 5.000 Euro, argumentierte die Behörde.
Die Richter widersprachen jedoch dieser Auffassung. Der Kläger habe einen PKW der mehr als 2.000 Euro über dem als angemessen angesehenen Pauschalbetrag liege. Nur dieser Betrag sei als Vermögen zu werten.
BSG Kassel **Az.: B14/7b AS 66/06 R**
*Das **@lptraum**-Team wünscht weiterhin gute Fahrt!*
*Siehe @lptraum 11/2006: **"Hartz IV - auch Dein Auto stürzt mit Dir..."***
Sozialgericht Duisburg
Az.: S 7 (32)AS62/05
Weitere BSG-Urteile:
www.bsg-kassel.de **(ErSt)**

@lptraum-Arge: Urteil zu Eingliederungsvereinbarung (EGV) ignoriert

Wegen der Weigerung eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben, wollte die Dortmunder ARGE einem Leistungsempfänger das Arbeitslosengeld II (ALG II) um 30 Prozent kürzen. Das Dortmunder Sozialgericht entschied: Der Zwang zum Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung stellt einen Eingriff in den Schutzbereich der in Art. 2 Abs. 1 GG normierten Vertragsfreiheit dar. Die Kammer schloss sich insoweit der Auffassung des 8. Senat vom Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen (**Az.: L 8 AS 605/06 ER**, Beschluss vom 31.07.2007) an, dass dieser Eingriff in die Vertragsfreiheit aufgrund eines Verstoßes gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigt ist. **Das Urteil interessiert die Dortmunder Arge jedoch nicht im geringsten ?** Zur Zeit muss der vom Dortmunder Sozialgericht zugebilligte einstweilige Rechtschutz per Zwangsvollstreckung gegenüber der ARGE durchgesetzt werden. (Sozialgericht Dortmund, **Az.: S 28 AS 361/07 ER** , Beschluss vom 18.09.2007)
Info: www.my-sozialberatung.de **(DoMi)**

"Warum ist am Ende vom ALG II noch immer so viel Monat übrig ?"

@lptraum-Buchtipp im Dezember: "Armut im Überfluss"

Nachrichten aus einer gespaltenen Gesellschaft (Dorothee Beck/Hartmut Meine)

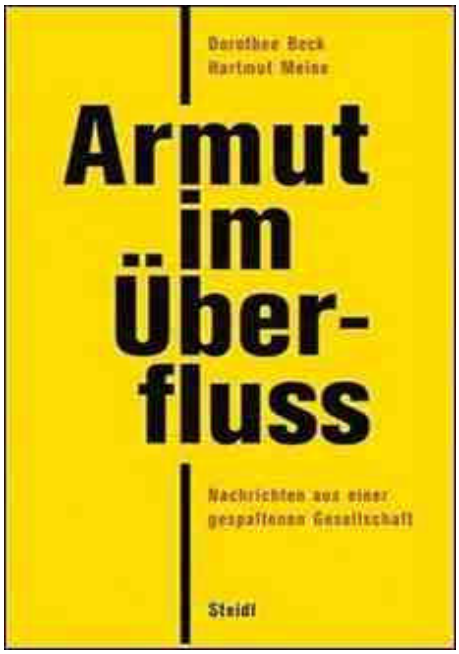
"Wasserprediger und Weintrinker"* hieß 1998 das erste Buch von Dorothee Beck und Hartmut Meine darüber, *"Wie Reichtum vertuscht und Armut verdrängt wird".

Nun haben die beiden Autoren unter Mitarbeit von Michael Schlecht, dem Bereichsleiter Wirtschaftspolitik bei ver.di, das Thema erneut aufgegriffen. Zehn Jahre und eine rot-grüne Koalition später sind ihre pessimistischen Prognosen noch übertroffen, die Hoffnung vieler Menschen auf eine sozial gerechtere Politik bitter enttäuscht worden. Reichtum wird zwar immer noch vertuscht, Armut aber längst nicht mehr verdrängt, sondern legitimiert.

Die Reichen sind reicher und zahlreicher. Die Armen sind ärmer und zahlreicher. Dazwischen lebt eine Mittelschicht, von der nur eine Minderheit auf einen dauerhaft gesicherten Lebensstandard oder sogar auf Aufstieg hoffen darf, während die Mehrheit sich von der näherrückenden Armut bedroht fühlt. Dieses Land hat sich durch Hartz IV und andere Repressalien verändert.

Dorothee Beck und Hartmut Meine schildern Lebenssituationen von Menschen, die trotz harter Arbeit nie auf einen grünen Zweig kommen, die am Existenzminimum leben oder deren Bemühungen um Absicherung im Alter durch die Gesetzgebung ad absurdum geführt werden. Sie schauen auf der anderen Seite Deutschlands Superreichen in die Taschen, decken Nebenverdienste in der Politik auf und beschreiben das ganze Ausmaß der Umverteilung von unten nach oben durch Steuerpolitik und das öffentliche Schuldenmachen. Wer mehr wissen will über Abzocker, Verlierer, Fakten und Zusammenhänge, falsche Politik und Reformperspektiven, kommt an diesem Bericht über parallele Welten nicht vorbei. *(Quelle: ver.di PUBLIK)*

"Armut im Überfluss"
Steidl Verlag Göttingen, Nov. 2007, 18€, 352 Seiten, ISBN 978-3-86521-425-6, Infos: www.steidl.de **(ErSt)**



@lptraum-Tipp:
Für ALG II-Bezieher leider viel zu teuer - Weihnachten schenken lassen...

@lptraum-Veranstaltungs-Hinweis

Die Ente bleibt draußen !!! - Dinner For One

1. HANNOVERSCHES
Weihnachts-Dinner-Theater
DER GROSSE KOMÖDIENABEND

Herzlich Willkommen zum 1. Hannoversches Weihnachts-Dinner-Theater
in der Warenannahme des Faust-Geländes in Hannover-Linden

Freuen Sie sich auf einen großen Komödienabend für die ganze Familie,
und erleben Sie zwei Kultklassiker des deutschen und des britischen Humors live auf der Bühne.
Im ersten Teil des Programms ehren wir den wohl berühmtesten deutschen Humoristen Viktor von Bülow alias Loriot.
Lachen Sie u.a. mit "Erwin Lindemann", "Dem sprechenden Hund, und den "Herren im Bad".
Insgesamt 15 dramatische Werke von Loriot werden Ihnen präsentiert.
Im zweiten Teil des Abends wird es dann "very british".
Zu Freddy Frintons "Dinner For One" braucht man wirklich nichts mehr zu sagen.
Millionen von Zuschauern die jeden Silvesterabend im Fernsehen diesen Sketch wieder erleben, sprechen für sich.
Genießen Sie außerdem passend zum Thema auf Wunsch das 4 Gänge "Dinner For One" Menü.
das unser Hausrestaurant "Siesta" für Sie gerne serviert.
Verbinden Sie Theater und Restaurantbesuch im Dinner-Theater !
Ein Abend, der sich hervorragend für Ihre Weihnachts-, Betriebs- und Familienfeiern eignet !
Eintritt 15€ / erm. 12€ - das Menü: 1963 - Reservierungen 0163 / 496 96 80

Darsteller: Britta Hoge, Volker Kühn und Günter Schaller - Regie: Volker Kühn

---

@lptraum-Silvesterkracher 2007/2008: *"Prost Neujahr !"*

"Darf ich Sie bitten, mich durch Ihre Zwischenrufe nicht weiter einzuschüchtern. Sie wissen, ich bin sensibel." (FDP-Chef Guido Westerwelle im Bundestag)

@lptraum wünscht ein frohes Fest & guten Rutsch in's neue Jahr 2008

"bunt statt braun"* Landtagswahl 27. Januar 2008: *Rechte Trends durchkreuzen !

@lptraum

kostenlose Hannoversche Zeitung gegen Sozialabbau

dezember - 2007 | **Unabhängig und absolut parteiisch** | **Jahrgang 3, Ausgabe 12**

+++ lokal und aktuell +++

Mitstreiter findet ihr hier:

Montags - Demo - Hannover
Montags von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Offenes Mikrofon für jederman/frau & Kundgebung
Innenstadt, Georgstraße / Schiller-Denkmal
"Aufstehen gegen den Sozialkahlschlag !"

[ka:punkt] Beratungs- und Behandlungsstelle
Grupenstraße 8 (Innenstadt) 30159 Hannover
"Offene Tür": ein Angebot der katholischen Kirche
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr, Sa. nur bis 14.00 Uhr
Anmeldung Beratung / Info: Telefon 0511 / 270 739-0

IG Metall-Arbeitskreis "Erwerbslose"
Jeden 1.+3. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00 Uhr
IG Metall - Haus, Postkamp 12, 30159 Hannover

ver.di-Erwerbslosenausschuss Hannover
Jeden 1. Mittwoch im Monat 15.00 Uhr - 18.00 Uhr
in der Rotation, ver.di - Höfe, Haus C
Goseriede 10, 30159 Hannover (Üstra-Linie 10 +17)
ver.di - ELO im Bezirk Hannover Leine-Weser
E-Mail: Erwerbslose.verdi-Hannover@web.de

erzählcafé bürgerinitiative gartenhaus
Mittwochs ab 16.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt, Tel. 0173-7865348
in Zusammenarbeit mit **"querkunst hannover"**
E-Mail: wulf.huehn@querkunst-hannover.de

Arbeitskreis Arbeitslose Linden
Donnerstags 10.00 Uhr - 12.30 Uhr
im Freizeitheim Linden (Raum U 5)
Fred-Grube-Platz 1, 30451 Hannover
E-Mail: info@arbeitslosenkreis-linden.de

***... und im Anschluss in's* "Café Net(t)"**
Limmerstraße 5 / Küchengarten (Üstra-Linie10+700)

offener Abend bürgerinitiative gartenhaus
Freitags ab 20.00 Uhr, Am Judenkirchhof 11c,
30167 Hannover-Nordstadt,

Projektgruppe "Agenda 2010 kippen"
E-Mail: info@gegen-sozialabbau.de

Jetzt reicht's! **Politiker, die uns plagen, werden wir verjagen !** Jetzt reicht's!
AGENDA 2010 KIPPEN
www.gegen-sozialabbau.de www.alptraum.org

@lptraum: info@gegen-sozialabbau.de

+++ Termine im Dezember +++ Termine im Dezember +++ Termine im Dezember +++

@lptraum-Termine Dez. '07 / Jan. '08:

Samstag, 1. Dezember 2007, Weihnachtsmärkte:
Altstadt + Ernst-August-Platz + Lister Meile [bis 22. Dez. 2007]
"Winter-Zoo" Hannover: Ab dem 1. Dez. präsentiert sich der Zoo wieder 6 Wochen lang als tierisches Winter-Wunderland mit Winterdorf, Schlittenhunden + leuchtendem Lichtermeer...
Infos: www.winter-zoo.de oder www.hannover.de

Sonntag, 2. Dezember 2007, 1070 Tage Hartz IV:
"Second-Hand-Basar für Kinderartikel" von 14 bis 18 Uhr
Eintritt 1,- € [Kinder frei] Infos: www.kulturbuero-hannover.com
Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover, Tel.: 0511/235555-0

Dienstag, 4. Dezember 2007, 17.30 bis 19.30 Uhr:
After Work Bildung 2007: ***»Kleine Helden in Not - Jungen in ihrer Entwicklung sehen und stärken«*** Tel.: 0511/12400416
Ort: ver.di-Höfe, Rotation, Goseriede 10-12, 30159 Hannover

Donnerstag, 6. Dezember 2007, Nikolaus:
"Ho, ho ho, drauß' von der Region Hannover komm' ich her, bring' Ein-€uro-Jobs, ALG II-Sanktionen und vieles mehr..."

Freitag, 7. Dezember 2007, 10.00 bis 17.00 Uhr:
Ausstellung ***»Sieben gegen den König«*** [Freitags Eintritt frei]
Protestaktion von 1837 der "Göttinger Sieben" bis 13.01.2008
Historisches Museum, Pferdestr. 6, 30159 Hannover-Altstadt

Sonntag, 9. Dez. 2007, ÖPNV-Fahrplanwechsel:
Bei DB, RegioBus und üstra tritt heute der Winterfahrplan mit erheblichen Ticket-Preissteigerungen in Kraft: www.gvh.de

Montag, 24. Dezember 2007, Heiligabend:
Das @lptraum-Team wünscht allen Lesern ein frohes Fest und guten Rutsch ins neue Jahr ! - Infos: www.alptraum.org

Montag, 31. Dez. 2007, Volkslauf-Start 12.30 Uhr:
"HDI-Silvesterlauf 2007 rund um den Maschsee" *= ca. 6 km*
(Startgebühren: 7,- € / Sonderpreis: 5,- € / Smart-Timing: 3,- €)
Kinderlauf 12 Uhr gratis - Infos: www.silvesterlauf-hannover.de

Prost Neujahr vor 26 Jahren...anno 1. Jan. 1982:
Mit der "Operation 82" will die sozialliberale Bundesregierung den Bundeshaushalt konsolidieren. Die Beiträge zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung steigen, Leistungen werden eingeschränkt...

Donnerstag, 3. Jan. 2008, "1-€uro-Job-@gentur"
Seit über 12 Jahren: traditioneller Jagoda-Gerster-Weise-Tag
Verkündung der mtl. @rbeitslosenzahlen für **Dezember 2007**
(Am 31.01.2008 erfolgen die mtl. Statistiken für **Januar 2008**)
Infos siehe: http://statistik.arbeitsamt.de/statistik/index.php
Termine für zentrale Pressekonferenzen: www.arbeitsagentur.de

Laut Regelsatz stehen ALG II- und Sozialgeld-Empfängern monatlich 4,63 €uro für "Freizeit & Kultur" zur Verfügung !
Der Mobilitätsanteil beträgt 14,- €uro für den BG-Vorstand

Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit.
Spendenkonto: H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4
BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

@lptraum gelesen und als interessant befunden ? Mitmachen - Weitergeben